

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 154 (1988)

Heft: 9

Artikel: Die militärisch-politische Lage in Fernost

Autor: Schlomann, Friedrich-Wilhelm

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-58599>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die militärisch-politische Lage in Fernost (1. Teil)

Dr. iur. Friedrich-Wilhelm Schloemann*

ERSCHLOSSEN EMDDOK
MF 3461 76

Im Zeitalter der Interkontinentalraketen und Himmelssatelliten ist die Welt wesentlich kleiner geworden. Vorgänge in Asien haben ebenfalls im fernen Westeuropa recht schnell ihr Echo – wie auch umgekehrt, und dies nicht zuletzt deswegen, weil bekanntlich zwischen uns und Fernost die Sowjetunion liegt. Wenngleich die These: «Mein Feindes Feind ist mein Freund» hier nur äusserst bedingt zu treffen dürfte, sollten die Westeuropäer anderseits die Möglichkeit sehen, dass sich die Vereinigten Staaten eines Tages mehr auf Ostasien und die Pazifik-Region konzentrieren könnten als auf das Abendland; Ähnliches liesse sich für die Sowjetunion aus der Rede Gorbatschows vom Juli 1986 in Wladiwostock herauslesen.

Volksrepublik China

Politischer Überblick

Wichtigstes Problem Asiens ist zweifellos das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und der ja ebenfalls kommunistisch regierten Volksrepublik China. Es bleibt nach wie vor distanziert – auch wenn beide Mächte längst wieder miteinander verhandeln. Das Motiv Moskaus dazu ist gewiss, Ruhe gegenüber dem rivalisierenden Riesenreich im Osten zu haben und entspringt sicherlich seiner uralten Sorge vor einer Umzingelung.

So hatte im März 1982 Breschnew, der damalige Generalsekretär der KPdSU, hervorgehoben, dass von seiner Seite der Zustand der Feindseligkeiten zwischen der VR China und der SU niemals als eine normale Erscheinung angesehen werden sei; beide Seiten, so forderte er die Pekinger Führung auf, sollten zur Normalität zurückkehren. Ende September 1982 wiederholte er sein Angebot; dass das Pekinger Parteiorgan «Renmin Ribao» diesen Passus am nächsten Tage nachdruckte – wenn auch kommentarlos –, wurde im Westen zu Recht als ein prinzipielles Einverständnis der Rotchinesen gewertet. Das war eine recht bedeutsame Änderung der Pekinger Haltung insfern, als es sich damit bereit erklärte,

den Anfang 1980 (als Reaktion auf den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan) abgebrochenen Gesprächskontakt wieder aufzunehmen, obwohl Moskaus Soldaten weiterhin am Hindukusch kämpften.

Seither ist durchaus eine gewisse Annäherung festzustellen: Im März 1985 wurde in den Pekinger Zeitungen Gorbatschow mit dem Wort «Genosse» angesprochen – was es seit über 20 Jahren gegenüber dem Kreml nicht mehr gegeben hatte. Nur zwei Tage danach

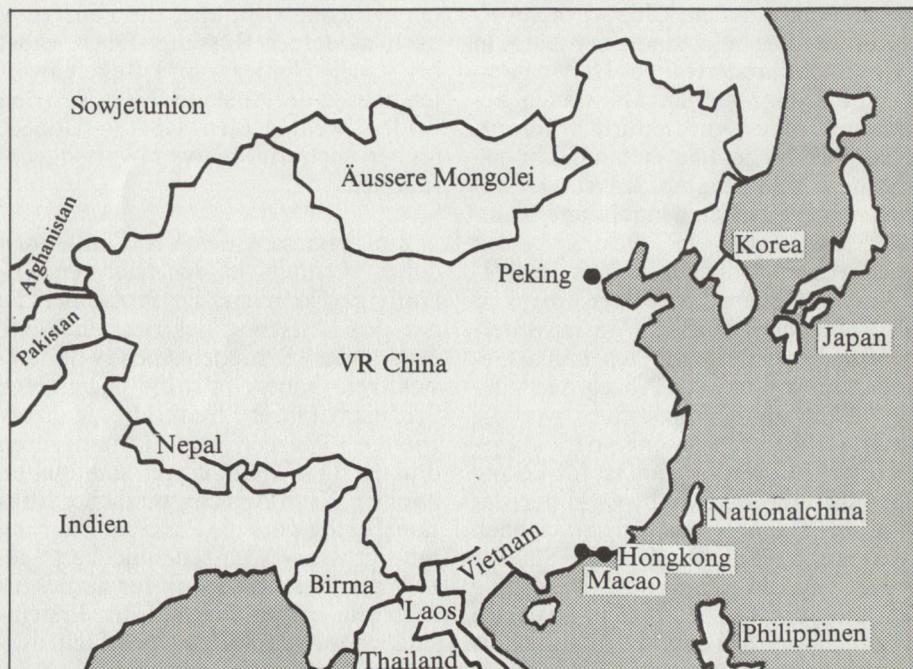
erklärte ein Sprecher des Aussenministeriums in Peking, die UdSSR sei «ein sozialistisches Land» – was ebenfalls eine ungewohnte Formulierung war. Allerdings wurde von Peking dabei stets nur über die Beziehungen von Staat zu Staat gesprochen, nicht indes über die Wiederherstellung der Beziehungen von KPCh zur KPdSU. In jüngster Zeit gibt es zwischen beiden Mächten regelmässige Gespräche über Themen wie die Intensivierung des Handels, kleinere Grenzvereinbarungen oder der kulturelle Austausch.

Nach wie vor bestehen aber – aus Pekinger Sicht – die sogenannten «drei grossen Hindernisse» für eine Normalisierung der Beziehungen, nämlich

- die Lösung der Kampfjetsche-Frage;
- der Abzug der Sowjets aus Afghanistan;
- die Militärpräsenz der UdSSR an der Grenze zu China.

Obwohl das Hindernis Afghanistan jetzt anscheinend aus dem Wege geräumt wird, bleibt eine echte Versöhnung zwischen Moskau und Peking innerhalb der nächsten Jahre nur sehr schwer vorstellbar, die Differenzen und das gegenseitige Misstrauen aus den letzten 25 bis 30 Jahren dürften doch zu gross sein:

- Immer noch ungeregelt ist die Frage der *gemeinsamen Grenzen*, bei der es der VR China um jene rund 1,5 Millionen Quadratkilometer geht, welche das Zarenreich im letzten Jahrhundert dem damaligen chinesischen Kaiser abverlangt hatte. Die sowjetische Wochenzeitschrift «Nowoje Wremja» schrieb einmal hiezu, ein echtes Bemühen um Normalisierung setze «einen klaren und bedingungslosen Verzicht auf territoriale Ansprüche gegenüber der an-



*(Vgl. Nr. 2/88, Seite 89)

deren Seite voraus, wie dieser auch immer zum Ausdruck kommt». Die Pekinger Zeitschrift «Shijie Zhishi» erklärte ihrerseits, die Volksrepublik China erhebe keine territorialen Ansprüche gegenüber der Sowjetunion, sondern trete für «eine umfassende Lösung der Grenzstreitigkeiten durch friedliche Verhandlungen» ein. (Ein Verzicht ist damit wohl kaum ausgesprochen!)

– Misstrauen erweckt in Peking auch die sowjetische Militärpräsenz an seiner Grenze, die zumindest vor einiger Zeit noch aus 53 Divisionen mit insgesamt 600 000 bis 700 000 Soldaten, rund 10 000 Panzern und etwa 1000 Flugzeugen bestand. Inzwischen gab es wohl einen gewissen Fortschritt im Abbau dieser Truppenkonzentration, doch dass Moskau während der letzten Jahre sein asiatisches Raketenpotential verstärkte, ist in der VR China natürlich auch bekannt.

– Einen weiteren Streitpunkt stellt die Forderung Pekings nach wahrer *Unabhängigkeit der Äusseren Mongolei* dar, obwohl diese – zumindest nach offizieller Moskauer Version – ein selbständiger Staat ist; in Wahrheit muss sie auch heute noch als sowjetischer Satellit betrachtet werden.

– Ausserdem verlangt die Volksrepublik China den *Abzug der Sowjettruppen aus Afghanistan*. Während der letzten Jahre hat die «Renmin Ribao» die Anwesenheit sowjetischer Soldaten am Hindukusch mehrfach als eine Bedrohung auch der VR China bezeichnet. Die Vermutungen, sie unterstütze die Freiheitskämpfer gegen die Okkupanten nicht nur verbal, werden deshalb sicherlich auch in der Sowjetmetropole geteilt.

– Das entscheidende Problem stellt in des Indochina dar: Schon aus historischer Sicht muss ein Chinese das Aufkommen eines selbständigen Staates in seiner jahrhundertealten Herrschaftssphäre mit grösserem Misstrauen betrachten; dies gilt natürlich um so mehr, als das heutige Vietnam sehr eng mit der UdSSR verbunden ist. Der seinerzeitige Überfall Hanois auf Kampuchea löste in Peking einen regelrechten Schock aus. Dass die Rotchinesen seitdem die Roten Khmer und Prinz Sihanouk auch mit Waffen unterstützen, ist ein offenes Geheimnis. Gerade der vollständige Abzug der Vietnamesen aus Kampuchea wie die vollständige Einstellung der sowjetischen Hilfe an Vietnam ist für Peking die Kardinalfrage, sieht es hinter der Haltung Hanois doch letztlich den Vormarsch der UdSSR nach Südostasien. Für die rotchinesische Führung ist dies um so bedrohlicher, als sie (ähnlich wie Moskau) in ständiger Sorge vor einer «strategischen Einkreisung

Chinas» lebt, wie Radio Peking einmal ausführte.

Mitte Januar dieses Jahres hat Den Xiaoping erneut die obengenannten drei Hindernisse für eine Normalisierung der Beziehung zur UdSSR hervorgehoben. Gleichzeitig aber erklärte er – und das ist ein Novum – es würde bereits dann einem Treffen mit Gorbatjow zustimmen, wenn Vietnam seine Truppen aus Kampuchea abzöge, wenn also lediglich das Hauptproblem aus dem Wege geräumt wäre.

Die VR China als Militärmacht

Militärisch sollte die Volksrepublik China nicht überschätzt werden. Eine Studie des Pentagon rechnet damit, dass eine Aufrüstung Rotchinas, welche dem militärischen Widerstand gegen die Sowjetunion eine wirkliche Chance eröffnen würde, zwischen 41 und 63 Milliarden US-Dollar kosten dürfte – eine Summe, die auch das Riesenreich nicht aufbringen kann. Rein zahlenmäßig bieten die Streitkräfte der Volksrepublik mit ihren 4,23 Millionen Soldaten (126 Divisionen, 11110 Panzer, 29 200 Geschützen und etwa 5500 Flugzeugen) ein imponierndes Bild. Doch ein näherer Blick zeigt, dass lediglich 4 bis 5 Prozent des Heeres voll- und weitere 10 Prozent teilmechanisiert oder -motorisiert sind. Mehr als 85 Prozent der Heeres-Einheiten müssen im Gefecht immer noch in Fussmärschen bewegt werden! Die Ursachen? Zum einen wurde aus Finanzgründen das Schwergewicht auf die Entwicklung eines strategischen Atompotentials gelegt und nicht auf eine Modernisierung der konventionellen Streitkräfte, zum anderen siegte die alte Vorstellung Mao Tsetsungs von einem Volkskrieg, der vom Kampfgeist des einzelnen Soldaten getragen wird, über die Forderung nach moderner Rüstung. Doch selbst bei seinen Nuklear- und Raketenwaffen beträgt der Abstand Pekings zu den beiden Weltmächten USA – UdSSR immer noch drei bis vier Waffengenerationen.

Ein Aggressor der VR China wird daher ebenfalls in der nächsten Zukunft gewiss mehr die Probleme, die mit der Besetzung der riesigen Weite des Landes verbunden sind, zu berücksichtigen haben, als die eigentliche Schlagkraft ihrer Streitkräfte. Konzentrierten Panzer- und Luftangriffen dürften diese kaum länger standhalten können. Nach Ansicht westlicher Militärexperten wäre die Pekinger Führung mit grosser Wahrscheinlichkeit gezwungen, sehr bald nuklear zurückzuschlagen – obwohl sie auf den Ersteinsatz von Atomwaffen mehrfach ausdrücklich verzichtete.

Westliche Hilfe?

Dieses derzeit militärisch schwache Rotchina soll mit westlicher Hilfe aufgerüstet werden. Der Sowjetexperte im Nationalen Sicherheitsrat der USA, Richard Pipe, erklärte vor längerer Zeit dazu in einem Interview: «Wir und China haben ein gemeinsames Interesse daran, die sowjetische Expansion zu stoppen. Ein starkes China behindert die Russen, weil es Moskau mit Widerstand im Osten genauso konfrontiert wie im Westen. Aus diesem Grunde liegt ein militärisch starkes China sehr in unserem Interesse.»

Das erscheint verständlich – im ersten Moment. Doch wer kann die Garantie dafür geben, dass diese Waffen sich lediglich gegen die Sowjetunion richten würden? In Südostasien geht die Sorge um, diese könnten eines Tages vielleicht gegen die nichtkommunistischen Länder in diesem Gebiet eingesetzt werden.

Inzwischen hat US-Präsident Reagan verfügt, die Bestimmungen für den Export von High-Technology in die VR China zu vereinfachen. Dort ist man primär an modernsten Computern und an einer Zusammenarbeit im Nuklearbereich interessiert. Aber auch hierbei wird Peking wissen, dass eine drastische Verbesserung der rotchinesisch-sowjetischen Beziehungen sofort eine erhebliche Reduzierung der Kooperationsbereitschaft sowohl der Amerikaner als der Japaner auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiet bedeuten würde. Hochmoderne Waffensysteme will das Pentagon auch zukünftig nicht ins kommunistische «Land der Mitte» liefern. Wohl wurde beim seinerzeitigen Reagan-Besuch in Peking ein Vertrag über die Lieferung von Nukleartechnologie unterzeichnet; Sorge besteht indes in Washington über ihre eventuelle Weitergabe für Pakistans Atomaufrüstung, die wiederum dessen Rivalen Indien aufschrecken und vielleicht die Anlehnung Neu Delhis an Moskau verstärken könnte. Hinzu kommt, dass die VR China bisher immer noch nicht den Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen (1968) unterzeichnete und sich beharrlich weigert, ihre Unterstützung für Pakistan näher darzulegen.

Die KPCh und das Militär

Die Kommunistische Partei Chinas zählt gegenwärtig 46 Millionen Mitglieder, von denen 18 Millionen – zumeist ultralinke – in der «Kulturrevolution» und weitere sechs Millionen während der letzten Jahre beitreten. Auf dem XIII. Parteitag von Ende Ok-

tober 1987 wählten die 1936 Delegierten ein neues Zentralkomitee mit 175 Mitgliedern und 110 Kandidaten. Das Ziel, diese Führungsspitze zu verjüngen, wurde erreicht: 132 Angehörige des ZK stehen im Alter unter 55 Jahren, nur noch 57 Personen sind über 61 Jahre alt. Hingegen konnte Deng Xiaoping – der allerdings auch in nächster Zukunft der Erste Mann bleiben dürfte – nur bedingt alle Anhänger seines Reformkurses durchbringen. Die orthodox-kommunistischen Kräfte haben weiterhin einen nicht zu unterschätzenden Einfluss in der Parteiführung.

Festzustellen ist bei der Zusammensetzung der neuen Parteispitze ein weiterhin schwindender Einfluss der Militärs. Noch während der «Kulturrevolution» bestand das Politbüro der KPCh zur Hälfte aus hohen Offizieren, im Zentralkomitee sah man 44 Prozent Uniformierte. Nach dem Machtantritt Deng Xiaopings – der den *Aufbau der Streitkräfte an die letzte Stelle seines Programms der «Vier Modernisierungen» setzte* – waren von den 26 Mitgliedern des Politbüros lediglich elf Marschälle und Generäle. Der jetzige Parteitag brachte in dieses nunmehr nur noch 17 Mitglieder umfassende Gremium lediglich zwei hohe Offiziere, die zudem als enge Vertraute Dents anzusehen sind. Das ebenfalls neugewählte Parteisekretariat besteht völlig aus Zivilisten. Die Zentrale Militärmmission liegt auch in Zukunft in den Händen Deng Xiaopings; war der Erste Stellvertreter bisher ein General, so ist es jetzt ebenfalls ein Nicht-Militär. Die Zeiten Mao Tsets mit seiner *Parole, «Die Macht kommt aus den Gewehrläufen»*, scheint vorüber zu sein ...

Zum Bevölkerungswachstum

Sehr grosse Sorgen bereitet der Pekinger Führung – mehr denn je – das Problem der Geburtenkontrolle. Nach allen Erkenntnissen nämlich hatte die Familienplanung trotz aller «Selbstverpflichtungen» der Eltern (nur ein Kind haben zu wollen) einerseits und aller Strafen zum anderen bisher kaum Erfolg. Will die Volksrepublik das selber gesetzte Limit von 1,2 Milliarden Menschen im Jahre 2000 nicht überschreiten, muss die jährliche Bevölkerungswachstumsrate unter 10,2 Millionen gehalten werden. Zwar betrug sie 1985 «nur» 11,64 Millionen, ein Jahr danach aber schon 14 und 1987 sogar 14,99 Millionen Menschen. Ohnehin ist heute ein Drittel der Bevölkerung 17 Jahre alt und jünger. Die VR China steht damit, wie das Pekinger Parteivorstand vor einiger Zeit auch eingestand, vor «einem neuen Baby-Boom» und höchstwahrscheinlich ein weiteres Mal

in rund 20 Jahren. Hinter diesen Zahlen steht die grosse Befürchtung Pekings, dass der Boden die eigene Bevölkerung nicht mehr ernähren könnte, wenn die Grenze von 1,2 Milliarden überschritten werden sollte. Die offiziöse «Beijing Review» schrieb schon im Januar 1982 ganz offen:

«Wenn die Bevölkerung (der VR China) bis Ende dieses Jahrhunderts auf 1,2 Milliarden anwächst, muss China jährlich 480 Millionen Tonnen Getreide produzieren, das heißt 50 Prozent mehr als der gesamte Ertrag von 1980 ...»

Pekings ganzes Streben richtet sich daher auf die Erhöhung seiner Getreideproduktion – angeblich hat es jetzt 400 Millionen Tonnen pro Jahr erreicht. Sollte dem Lande tatsächlich ein kontinuierlicher Anstieg gelingen, wird es das Rennen zwischen Bevölkerungswuchs und der zur Ernährung erforderlichen Getreideernten gewinnen.

Der grosse Anteil von Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung hat seine Schattenseiten. So klagte zu Beginn dieses Jahres die Leitung der staatlichen Jugendorganisation, dass sie den Kontakt zu den Jugendlichen verloren hätte, kaum auf sie noch Einfluss ausgeübt und dass lediglich 10 Prozent der Jugend der Kommunistischen Jugendliga angehören. 18- bis 25jährige machen noch ganze 3,34 Prozent der Mitglieder der Kommunistischen Partei aus – 1950 waren es noch 26,6 Prozent gewesen ... Ob das Regime ferner noch einmal – wie vor Jahren – das Problem der Jugendarbeitslosigkeit bewältigen wird (bis 1990 muss es immerhin 45 Millionen neue Arbeitsplätze schaffen), oder eines Tages glaubt, alle diese Fragen militärisch lösen zu müssen, bleibt abzuwarten.

VR China als Verbündete?

Manche Politiker in dem vom Sowjetblock bedrängten Westeuropa mögen in dem Riesenreich China einen natürlichen Bundesgenossen sehen. Indes wird die Volksrepublik China in absehbarer Zeit hierfür nicht die erforderlichen Voraussetzungen haben, sie ist viel zu sehr in ihre eigenen Probleme verstrickt. Und warum denn sollte Peking seine nationalen Prioritäten zugunsten von europäischen Interessen aufgeben? Bisher jedenfalls hat die Existenz der VR China nicht zu einer Schwächung des Militärpotentials Moskaus an seiner Westfront und damit zu einer Entlastung Westeuropas geführt, sondern generell zu einer weiteren Aufrüstung der Sowjetunion.

Nationalchina (Republik China)

Allgemeine Hinweise

Bekanntlich musste General Tschiang Kai-schek nach dem langen Kampf gegen die Japaner und dem anschliessenden blutigen Bürgerkrieg gegen die chinesischen Kommunisten 1949 das Festland räumen und sich auf die Insel Taiwan zurückziehen. In den Jahren danach folgte die sukzessive politische Isolierung, die im Herbst 1971 sogar zu seinem Austritt aus der UNO führte. Als dann die USA Anfang 1979 die Volksrepublik China anerkannten und ihren bisherigen Bundesgenossen, die Republik China, fallen ließen, gaben erneut nur wenige Menschen der heute 19,5-Millionen-Bevölkerung auf der Insel eine Überlebenschance. Indessen hat Washington den nationalchinesischen Vertretern in den USA längst wieder einen fast-diplomatischen Status eingeräumt – sie geniessen alle diplomatischen Rechte, nur das Wort «Diplomat» fehlt. Und wenn Taiwan heute nur noch von 21 Staaten diplomatisch anerkannt wird, unterhält es doch enge Wirtschaftsbeziehungen zu über 150 Ländern; die wirtschaftliche Stabilität bleibt seine stärkste Trumpfkarte; es hat inzwischen auch die Schwelle zu einem modernen Industrieland überschritten. Nationalchina ist heute (nach Japan) die zweite Handelsnation in Asien; weltweit gesehen nimmt es den 19. Platz ein, als Exportland steht es sogar an 13. Stelle. Nach wie vor übertrifft der Außenhandel der Republik China denjenigen der Volksrepublik mit ihrer einer Milliarde Menschen! Das Pro-Kopf-Einkommen des Inselstaates betrug 1971 ganze 310 US-Dollar, heute sind es annähernd 5000 (in der VR China beträgt es 300 bis höchstens 500).

Die manchmal auftauchende These, Taiwan gedenke die «russische Karte» gegen Peking auszuspielen, wurde schon vor Jahren durch eine offizielle Erklärung des damaligen Präsidenten Tschiang Tsching-kuo widerlegt: Bei einem Angriff der Sowjetunion auf die VR China will Nationalchina sogar seinen Landsleuten – kommunistische Regierung hin oder her – mit militärischen Mitteln zu Hilfe eilen!

Zum Dreieck VR China–USA–Nationalchina

Der Kriegszustand zwischen der Volksrepublik China und der Republik China wurde nie formell beendet.

Gewiss finden seit Jahren zwischen dem Festland und der nationalchinesischen Inselfestung Quemoy (Distanz:

2310 Meter!) keine Artillerieduelle mehr statt. Wohl hat der indirekte, über Hongkong laufende Handel zwischen Taipeh (Hauptstadt Taiwans) und Peking sich in jüngster Zeit drastisch auf 953 Millionen US-Dollar erhöht, und wohl können seit einigen Monaten auch Einwohner Taiwans ihre Angehörigen im kommunistischen China besuchen – der Propaganda- und Spionagekrieg dauert dagegen unvermindert an.

Seit einigen Jahren nun kommen aus Peking Lockrufe zu einer friedlichen Wiedervereinigung. Hiess es zunächst, die Insel müsse eine lokale Verwaltungseinheit der Volksrepublik werden, betonte der rotchinesische Premier Zhiao Ziyang 1984, die Nationalchinesen könnten ihre Regierung, ihr Militär – allerdings unter Oberbefehl Pekings – und ihre Justiz behalten; sie müssten aber eine «Sonderverwaltungsregion» der VR China und aussenpolitisch von Peking vertreten werden. Skeptisch fragte damals eine Hongkonger Zeitung: «Sind die Garantien Pekings für immer bestimmt oder nur zeitlich? Gelten sie für drei bis fünf oder 30 bis 50 Jahre?» Inzwischen hat die VR China offiziell erklärt, «mindestens 100 Jahre» könne das jetzige System unverändert bleiben. Zugleich aber hat Peking es bis heute abgelehnt, die Anwendung von Gewalt bei dieser «Wiedervereinigung» auszuschliessen. Deng Yinshao, die Vorsitzende der Politischen Konsultativkonferenz, äusserte vor einiger Zeit wörtlich: «Wir hatten immer gehofft, das Vaterland durch Friedensgespräche wiedervereinigen zu können. Wir können uns jedoch nicht dauernd nur dem Wunschdenken hingeben.» Die Nationalchinesen lehnen nach den bitteren Erfahrungen mit den Kommunisten während des Bürgerkrieges alle Gespräche ab, und der Regierungssprecher führte als Begründung dazu unlängst aus: «Die Hauptursache ist, dass Taiwan nicht *«Tibet Nummer 2»* werden will!» Die Politik Taipehs gegenüber Peking heisst denn auch

- keine (offiziellen) Kontakte;
- keine Verhandlungen;
- keine Kompromisse.

In den letzten drei Jahren hat Peking den USA wiederholt damit gedroht, es werde die diplomatischen Beziehungen reduzieren, falls die Waffenverkäufe an Nationalchina weitergingen. Darauf können die USA aber nicht ohne weiteres verzichten, weil sie durch den «Taiwan Relation Act» von 1978 gebunden sind. Allerdings gibt es ein im August 1982 sowohl in Peking wie in Washington veröffentlichtes *«Communiqué»*; danach erklärte sich die US-Regierung zur stufenweisen Reduzierung ihrer Waffenverkäufe und – nach einem

bestimmten Zeitraum (es wird indes kein Termin genannt) – zu einer völligen Beendigung bereit, während die Rotchinesen eine friedliche Wiedervereinigung mit Taipeh versprachen – dazu allerdings mündlich erklärten, diese Frage sei eine interne Angelegenheit der VR China. Beiderseits etwas schillernde Worte, die viel Spielraum für eigenwillige Interpretationen lassen und eines Tages, je nach den Entwicklungen, viel Konfliktstoff enthalten könnten!

Jedenfalls können und dürfen die USA Nationalchina nicht einfach im Stich lassen. Es sprechen moralische Gründe dagegen wie auch die geostategische Lage der Insel Taiwan, und nicht zuletzt steht die Glaubwürdigkeit Washingtons in Asien – aber auch in Westeuropa – auf dem Spiel. Die Waffenlieferungen gehen deshalb weiter, trotz der Proteste Pekings, wobei allerdings die Wünsche nach dem modernsten Kampfflugzeugtyp anscheinend unerfüllt bleiben werden.

Quo vadis, Hongkong?

Hongkong besteht eigentlich aus drei Gebieten: Aus der südlichen Insel Hongkong-Victoria, die 1841 «für ewige Zeiten» zur britischen Krone kam, aus dem 1861 folgenden Kowloon und schliesslich aus den im Norden gelegenen «New Territories», die England 1898 in einem Pachtvertrag mit der chinesischen Tsching-Dynastie erwarb. Ende Juni 1997 läuft dieses Abkommen aus, ohne die «New Territories» aber sind auch die anderen Teile der Stadt nicht lebensfähig. Deng Xiaoping erklärte bereits vor Jahren, man müsse diesen «ungleichen Vertrag beseitigen, sonst wären wir keine Kommunisten»; gegenüber Hongkonger Wirtschaftsmanagern äusserte er andererseits wiederholt, sie sollten sich über die Stadt «kein Kopfzerbrechen machen». Dahinter steht die Tatsache, dass Peking pro Jahr direkt und indirekt annähernd 40 Prozent seiner gesamten Deviseneinnahmen über die britische Kronkolonie bezieht und bei seinem nötigen Wirtschaftsaufbau auf diese angewiesen sein müsste.

Im September 1984 gaben Peking und London eine «Gemeinsame Erklärung» ab, wonach die Volksrepublik ab 1. Juli 1997 die Souveränität über Gesamt-Hongkong ausübt. Die Stadt wird ein «Sonderverwaltungsgebiet», aber direkt der Amtsgewalt Pekings unterstellt. Heisst es auch, das jetzige gesellschaftliche System Hongkong solle «50 Jahre lang unverändert bleiben», so fehlen bei der Aufzählung der verschiedenen Rechte und Freiheiten indes die

freie politische Betätigung, die Garantie von Parteien und von freien Wahlen. Eine Demokratisierung westlichen Stils, vor allem auch die Gewaltenteilung, werde man in Hongkong nicht zulassen, betonte Deng Xiaoping mehrfach. Der Wunsch der Hongkonger, 1991 oder 1992 – jedenfalls noch vor jenem 1997 – Direktwahlen für eine repräsentative Regierung durchzuführen, wurde jetzt Mitte Februar von der britischen Kolonialregierung abgelehnt; das Abrücken von ihrem früheren Versprechen wird weiterum als ein Nachgeben Londons gegenüber Peking interpretiert. Hatte man dort anfangs viel vom Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung Hongkongs gesprochen, wird seit einiger Zeit überdeutlich betont, für die Zukunft der Stadt seien die Wünsche der einen Milliarde Chinesen massgebend, nicht hingegen jene der 5,6 Millionen Hongkonger. Im weitern nahm Deng Xiaoping die frühere Zusage zurück, in der Stadt würden niemals rotchinesische Truppen stationiert werden.

Meinungsumfragen in Hongkong besagen, dass 95 Prozent den Status quo bevorzugen, 67 Prozent die Variante eines Anschlusses an die Volksrepublik China für «nicht akzeptabel» erachten und 22 Prozent der Befragten «unter allen Umständen» fliehen wollen. Die Ausreiseanträge haben sich in den zurückliegenden Monaten verstärkt; Beobachter glauben, 17 Prozent der 1,5 Millionen Haushalte werden noch vor 1997 gehen. Die Reichen und neuerdings auch der gehobene Mittelstand jedenfalls verlassen die Stadt. Angeblich flossen bisher rund 10 Milliarden US-Dollar aus Hongkong in die USA, nach Nationalchina, Kanada und Singapur. Nicht wenige Einwohner der Kronkolonie sprechen bereits von «Wan Yuen» – «das Ende des Spiels».

Dennoch sollte man hinsichtlich der Zukunft der Millionenstadt nicht allzu pessimistisch sein: Einmal bilden die sehr hohen Investitionen der US-Wirtschaft hier insofern einen Schutz, als Peking gewiss keinen Konflikt mit den Vereinigten Staaten heraufen möchte. Insbesondere aber ist für die KPCh-Führung die Rückgewinnung der Insel Taiwan weitaus wichtiger als diejenige Hongkongs. Eine unbefriedigende Lösung für diese Stadt würde das Liebeswerben Rotchinas um die Nationalchinesen in der Weltöffentlichkeit sofort und vollständig desavouieren. (Ähnliches gilt übrigens auch für Macao mit seinen knapp 500 000 Einwohnern.) Im Interesse der Hongkonger Bevölkerung ist zu hoffen, dass Peking dies in genügendem Masse erkennt.

(Schluss folgt)